

## Zu diesem Heft – Gespaltene Gesellschaft?

Folgt man einschlägigen sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen, so hat sich in der Spätmoderne eine neue Konfliktlinie zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern herausgebildet, deren Auswirkungen wir vom Brexit-Referendum über die Gelbwestenbewegung bis hin zur Wahl Donald Trumps in vielen westlichen Gesellschaften beobachten können. Seinen vorläufig wohl erschreckendsten Höhepunkt hat der Antagonismus zwischen »Kosmopoliten« und »Kommunitaristen« mit dem Sturm auf das Kapitol in Washington am 6. Januar dieses Jahres erreicht.

Im deutschsprachigen Raum wurde die Debatte über die Ursachen, Manifestationen und Folgen dieses »Kulturkampfes«<sup>1</sup> ganz wesentlich von dem Soziologen Andreas Reckwitz beeinflusst, der die gesellschaftlichen Spaltungsdynamiken sozialstrukturell eng mit der kulturellen Differenz zwischen kosmopolitisch orientierter neuer und traditionsverhafteter alter Mittelklasse verbunden sieht. In dieser *Leviathan*-Ausgabe setzen sich *Nils Kumkar* und *Uwe Schimank* auf Grundlage der Befunde eines empirischen Forschungsprojekts über die deutsche Mittelschicht kritisch mit Reckwitz' Klassenmodell auseinander und gelangen dabei zu der »entdramatisierenden Schlussfolgerung [...], dass wir es in Deutschland wohl nicht mit einer antagonistisch gespaltenen Mittelschicht zu tun haben«.

Überschätzen wir also die soziale und politische Bedeutung des »Kulturkampfes«, der häufig als Triebfeder zentraler gesellschaftlicher Transformationsprozesse wie den Aufstieg des Rechtspopulismus oder den Niedergang der Sozialdemokratie ausgemacht wird? *Andreas Reckwitz'* Antwort darauf ist unmissverständlich: Nein, das tun wir nicht. In seiner Replik nimmt er die Kritik der beiden Kommentatoren zum Anlass, um einige wichtige Präzisierungen vorzunehmen, Missverständnisse auszuräumen und das empirische Fundament seines Klassenmodells zu festigen. Als besonders fruchtbar erweist sich dabei auch ein detaillierter Blick auf die neue Mittelklasse, der mehr Sachlichkeit in die aufgeheizte und auch festgefahrene Debatte über die sogenannten »kosmopolitischen Eliten« bringen kann. Es zeigt sich, dass diese nur einen Bruchteil der neuen Mittelklasse ausmachen und kosmopolitische oder progressive Einstellungen keineswegs zwangsläufig mit wirtschaftspolitisch neoliberalen Positionen und Lebensweisen verbunden sind, wie eine oft pauschal vorgetragene Kritik an »den Kosmopoliten« und ihrer »identitätspolitischen« Blindheit für die Klassenfrage suggeriert. Im Gegenteil: Sowohl Reckwitz' Präzisierungen als auch Kumkars und Schimanks Analysen fordern dazu auf, »die Kosmopoliten« der neuen Mittelklasse in Zukunft differenzierter zu betrachten.

1 Siehe dazu auch die Debatten im *Leviathan*, Heft 4/2019 sowie Heft 1 und 2/2020 – mit Beiträgen von Silke van Dyk und Stefanie Graefe, Oliver Nachtwey und Dirk Jörke, Karsten Schubert, Carsten Nickel, Floris Biskamp, Michael Hartmann sowie Michael Zürn.

Während sich die Anhängerinnen und Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen in großen Teilen der alten Mittelklasse zuordnen lassen, ist die sozialstrukturelle Verortung der seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie demonstrierenden »Querdenker« nicht so einfach. Hier sind Bilder von Mahatma Gandhi und Reichskriegsflaggen nebeneinander zu sehen; Esoterikerinnen, Verschwörungstheoretiker, »besorgte Mütter«, Hippies, Impfgegnerinnen, religiöse Gruppen, Nazis und Reichsbürger – sie alle versammeln sich auf ein und derselben Demonstration und stellen Wissenschaft und Politik vor ein Rätsel: Was verbindet all diese Menschen? Warum gehen sie gemeinsam auf die Straße? Was die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Protestierenden betrifft, kommt eine erste Erhebung der Universität Basel zu einem überraschenden Befund:<sup>2</sup> Es handele sich tendenziell um Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss (ein Drittel habe Abitur, ein weiteres Drittel einen Studienabschluss) und um eine eher linke Bewegung (23 Prozent hätten bei der letzten Bundestagswahl die Grünen, 18 Prozent die Linke gewählt), die allerdings nach rechts tendiere: Während bei der letzten Bundestagswahl 15 Prozent der AfD ihre Stimme gegeben hätten, wollten dies bei der nächsten Wahl 27 Prozent tun. Die Ergebnisse sind mit Vorsicht zu genießen, da die Erhebung nicht repräsentativ ist – der Aufruf zur freiwilligen Teilnahme erfolgte über offene Telegram-Chatgruppen –, aber insgesamt bestätigen sie die eingangs formulierte Vermutung: Es handelt sich um eine sehr heterogene Bewegung, die sich aus den verschiedensten gesellschaftlichen Milieus und Klassen speist. Was die Demonstrierenden – abgesehen von ihrer Ablehnung der Pandemiepolitik – verbindet, ist das »Dagegen-Sein«, die Entfremdung vom politischen System, ihr Selbstverständnis als Kritiker und Widerstandskämpferinnen. Das ist allerdings nicht ausreichend, um den Zusammenhalt dieser Bewegung zu verstehen. Eine wesentliche Rolle für die Herausbildung einer Protestgemeinschaft spielen *Christine Hentschel* zufolge auch Affekte und Narrative. »Geteilte Geschichten«, so die Autorin, »verbinden Menschen über die Milieus und Interessen hinweg.« Aus dieser Perspektive geht es nicht mehr allein um die Fragen, wer demonstriert und wie die unterschiedlichen Ideologien und Milieus zusammenpassen, sondern darum, wie bestimmte Narrative »kollektiv »eingübt« und durch die Milieus hindurch eingeschliffen werden« und welche »affektive und affizierende Kraft [...] sie in den Räumen ausgedünnter urbaner Öffentlichkeit in pandemischen Zeiten« entfalten.

Ein zweiter Beitrag zur Corona-Pandemie nimmt eine historische Perspektive auf das aktuelle Geschehen ein. Sie lässt uns besser verstehen, warum die Ausbreitung von Covid-19 für viele als Schock und für Teile der deutschen Bevölkerung als massiver Kontrollverlust erlebt wurde, der Verschwörungstheorien und damit auch den Querdenker-Protesten einen idealen Nährboden bereiten konnte. In ihrer Auseinandersetzung mit der Seuchen- und Krankheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts liefert *Bettina Hitzer* zudem eine Antwort auf die Frage, warum sich

2 Vgl. Oliver Nachtwey; Robert Schäfer; Nadine Frei 2020. *Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung*. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3/fl/> (Zugriff vom 25.01.2021).

die aktuelle Pandemiepolitik vom politischen Emotions- und Krisenmanagement des vergangenen Jahrhunderts maßgeblich unterscheidet. Einen zentralen Wendepunkt verortet sie in den 1980er Jahren, als sich in Folge des Ausbruchs der Aids-Epidemie und neuer wissenschaftlicher Befunde zum viralen Erreger der Spanischen Grippe die Bedrohungswahrnehmung durch Infektionskrankheiten grundlegend wandelte: Pandemien galten in Virologie und Politik – anders als in der Bevölkerung – fortan nicht mehr als historische Sonderfälle, sondern als Gefahren, mit denen in einer globalisierten Welt jederzeit zu rechnen sei.

Mit dem umstrittenen und in der Corona-Pandemie viel diskutierten Verhältnis von Wissenschaft und Politik setzen sich *Alexander Bogner* und *Wolfgang Menz* in ihrem Aufsatz auseinander, wobei sie sich vor allem dafür interessieren, wie sich dieses Verhältnis im Verlauf der Pandemie gewandelt hat. Sie argumentieren, dass sich die anfangs stark auf epistemische, insbesondere virologische und epidemiologische Aspekte konzentrierenden Konflikte nach einiger Zeit zunehmend für Auseinandersetzungen um divergierende Wertvorstellungen und Zwecksetzungen öffneten. Damit sei nicht nur eine Pluralisierung wissenschaftlicher Expertise, sondern auch ein Autonomiegewinn der Politik gegenüber der Wissenschaft einhergegangen. Wenn sich diese Entwicklung weiter fortsetzt, schlussfolgern die Autoren, »dürfte das bedeuten, dass wir mit jeder neuen Corona-Welle intensivere, genuin politische Debatten und Streitigkeiten erleben werden«.

Ob sich die wissenschaftliche Expertise im Pandemieverlauf tatsächlich pluralisiert hat, ist innerhalb der Sozialwissenschaften nicht unumstritten. Andere beklagen einen Mangel an epistemischer Vielfalt, der zu unausgewogenen und undifferenzierten politischen Entscheidungen führe.<sup>3</sup> Es erscheint sinnvoll, hier zwei Ebenen voneinander zu unterscheiden. In der öffentlichen Debatte sowie in der Zusammensetzung politischer Beratungsgremien, da sind sich die meisten einig, sind die Sozialwissenschaften mittlerweile – im Vergleich zum Krisenbeginn – gut vertreten. Sie liefern Deutungsangebote und üben Kritik. Ihr tatsächlicher Einfluss auf das politische Handeln jedoch ist weiterhin gering. Hier dominiert bis heute eine epidemiologisch orientierte Wahrnehmung der Wirklichkeit, die das Virus so behandelt, als sei es für alle gleich riskant, und die sozial-räumliche Unterschiede im Hinblick auf Ansteckungsrisiko, Infektionsverlauf, Sterblichkeit etc. ausblendet. Gefordert wird daher eine stärkere Berücksichtigung sozialwissenschaftlicher Expertise in politischen Entscheidungen, aber auch die Einbeziehung der Laienexpertise von Akteuren, die über lokales Wissen (etwa in Pflegeheimen oder Krankenhäusern) verfügen und damit eine wichtige Rolle in der öffentlichen Gesundheitspolitik einnehmen könnten.

Der Imperativ der physischen Distanzierung, der sich in Abstandsregeln, Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen manifestiert, stellt nicht nur einen Eingriff in

3 Vgl. etwa die Kritik von Wolfgang Streeck 2021. »Wissenschaftlern folgen? Ja doch, aber welchen?«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Januar 2021, S. 13; siehe auch die Antwort darauf von Jürgen Renn 2021. »Training für weitere Krisen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Januar 2021, S. 13; zudem Simon Lohse; Karim Bschor 2021. »Wider die Einseitigkeit«, in *Soziopolis* vom 15. Januar 2021.

die verfassungsmäßig garantierten Freiheits- und Grundrechte dar, sondern schreibt sich auf fundamentale Weise auch in die sozialen Mikrostrukturen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ein: Er prägt unsere Verhaltensweisen, sozialen Interaktionen und unser Nähe-Distanz-Verhältnis, aber auch die Affektstrukturen der Subjekte. In den vergangenen Monaten wurde daher immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht als ein Zivilisationsschub im Elias'schen Sinne gedeutet werden könnten.<sup>4</sup> Besonders spürbar wird der »gesellschaftliche Zwang zum Selbstzwang« und zur Affektkontrolle, wenn vormals selbstverständliche und unhinterfragte Praktiken der Nähe ihre Normalität verlieren und emotional neu besetzt werden: das Unbehagen beim Anblick eines großfamiliären Sonntagsspaziergangs, der schambesetzte Impuls, eine trauernde Freundin in den Arm zu nehmen, der Ärger über Menschen, die in Warteschlangen nicht den gebotenen Abstand wahren. Das betrifft auch unsere Begrüßungsrituale: Händeschütteln, Umarmungen, das flüchtige Küsschen auf die Wange – sie sind schon lange tabu und nur mehr um den Preis eines schlechten Gewissens zu haben. Das von vornherein stärker auf Distanz ausgelegte Grüßen in der Nachbarschaft oder unter entfernteren Bekannten – ein aufmerksamer Blick, leichte Lippenbewegungen, ein freundliches Kopfnicken oder ein leises »Guten Tag« – dürfte davon weniger stark betroffen sein. Allerdings geraten diese auf den ersten Blick unscheinbaren, aber in ihrer Bedeutung für die Stabilität der sozialen Ordnung nicht zu unterschätzenden Gesten in modernen Gesellschaften durch andere Faktoren unter Druck. *Susanne Frank* entwickelt in ihrem Aufsatz die These, dass die soziale Norm des nachbarlichen Grüßens in vielen heterogenen Stadtteilen und Quartieren durch eine zunehmende Informalisierung von Verhaltensnormen, Multikulturalisierung und Subkulturalisierung ihre Selbstverständlichkeit verliert, was zu erheblichen Irritationen, Misstrauen, Unsicherheit und Unzufriedenheit im alltäglichen Mit- und Nebeneinander führen könne. Die Frage wäre, ob das pandemiebedingte Abstandsgebot und die sich wandelnden Affektstrukturen diesen Prozess noch beschleunigen. In einer Zeit, in der das Tragen von Masken und kollektive Ausweichchoreografien im (halb)öffentlichen Raum zum Alltag geworden sind, wäre das allemal nicht überraschend.

Claudia Czingon

4 Vgl. etwa Reinhard Blomert 2020. »Händewaschen nie vergessen!«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. April 2020, S. N3.